

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Bildungspolitik

Nr. 518/12 vom 27. November 2012

Johannes Callsen: Koalitionsausschuss hat Erhöhung des strukturellen Lehrerverzugs um mindestens 182 Stellen beschlossen!

CDU-Fraktionschef Johannes Callsen hat die Beschlüsse der Sitzung des Koalitionsausschusses der Dänen-Ampel am Montagabend scharf kritisiert. Der verzweifelte Versuch von SPD, Grünen und SSW, ihre völlig unrealistischen Wahlversprechen nicht bereits im ersten Jahr zu brechen, führe zu völlig unsinnigen Beschlüssen:

„Die Regierungskoalition bekommt die Enden nicht zusammen. Der Koalitionsausschuss hat gestern eine Erhöhung des von Bildungsministerin Professor Dr. Waltraud Wende festgestellten strukturellen Lehrerverzugs um 182 Stellen beschlossen! Diese Zahl ist das absolute Minimum. Das zeigt, wie unsinnig der bildungspolitische Kurs der Regierung Albig ist“, erklärte Callsen heute (27. November 2012) in Kiel. Es sei bezeichnend, dass die Koalitionspartner dies bei der Vorstellung ihrer Beschlüsse verschwiegen hätten. SPD-Fraktionschef Stegner habe lediglich klar gestellt, dass keine zusätzlichen Ressourcen ins System gegeben werden sollen.

„Das bedeutet nichts anderes, als dass die Bildungsministerin die Umsetzung der gestrigen Beschlüsse mit ihrem bestehenden Personal bestreiten muss“, so Callsen.

Der CDU-Fraktionschef erläuterte die einfache Rechnung, zu der sich die

Koalitionspartner im Rahmen ihrer gestrigen Sitzung laut Medienberichten nicht in der Lage sahen:

Für die zwölf von der Koalitionsrunde beschlossenen Oberstufen an Gemeinschaftsschulen schlugen mindestens 120 Lehrerstellen zu Buche, da die kleinste zulässige Oberstufe mit zwei Profilen zehn Lehrkräfte erfordert. Tatsächlich dürfte der Wert höher sein. Die 62 zur Zwangsumwandlung anstehenden Regionalschulen haben laut jüngstem Bericht des Statistikamtes Nord 12.228 Schüler in etwa 518 Klassen. Pro Klasse erhalten die Gemeinschaftsschulen laut Stundentafel drei Differenzierungsstunden mehr als die Regionalschulen. Dies ergibt 1554 Stunden, die wiederum 62 Lehrerstellen entsprechen.

„Völlig ungeklärt ist darüber hinaus die Frage, wie Gemeinschaftsschulen mit weniger als 300 Schülern überhaupt ihr pädagogisches Konzept umsetzen sollen. Auch darauf konnte gestern keine der Koalitionsspitzen eine Antwort geben“, so Callsen.

Zu begrüßen sei, dass die Grünen endlich dazu bewegt wurden, ihre Querschüsse gegen die Fehmarnbelt-Querung einzustellen:

„Wir werden bald sehen, ob dies auch für den Umweltminister und dessen Ausgleichsforderungen gilt“, so Callsen.